

26.01.2009

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

## **Wortprotokoll**

**über die**

**29. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 11. Dezember 2008**

**von 16.40 Uhr bis 01.08 Uhr)**

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 889 .....	31
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: .....	31
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG: .....	32
Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP: .....	33
Stadtverordneter Bernhard Ochs, SPD: .....	33
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 897 .....	34
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG: .....	34
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU: .....	34
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	35
Stadtrat Boris Rhein: .....	35
Stadtverordnete Martina Feldmayer, GRÜNE: .....	36
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 895 .....	37
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	37
Stadtverordnete Yildiz Köremezli-Erkiner, LINKE.: .....	38
Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	39
5. Verabschiedung der Tagesordnung II .....	39
6. Änderungen in der Zusammensetzung der Ausschüsse gemäß § 62 Absatz 2 Satz 5 und § 72 Absatz 2 Satz 2 .....	40
7. Hochhausentwicklungsplan Frankfurt am Main - Fortsetzung .....	40
Vortrag des Magistrats vom 06.06.2008, M 106 <u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 27.08.2008, NR 1046 <u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 05.09.2008, NR 1052 <u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 04.11.2008, NR 1152 <u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 08.12.2008, NR 1200 <u>hierzu:</u> Anregung des OBR 2 vom 08.09.2008, OA 72 <u>hierzu:</u> Anregung des OBR 2 vom 05.11.2008, OA 76	
Stadttrat Edwin Schwarz: .....	40
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	44
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU: .....	46
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	48
Stadtverordnete Dr. Katharina von Beckh, BFF: .....	51
Stadtverordnete Claudia Volpp, FAG: .....	53
Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE: .....	54
Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP: .....	56
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	57

schlagargument benutzen. Sie spielen Arbeitsplätze gegen Umweltschutz aus. Da machen Sie es genauso wie der DGB, und da zeigt sich, wo Ihr soziales und ökologisches Gewissen ist. Die Leute, denen Sie verpflichtet sind oder meinen verpflichtet zu sein, wollen nämlich nicht nur arbeiten, sondern sich auch erholen. Von daher finde ich es interessant, dass Sie endlich einmal gesagt haben, wie Ihre Position in dieser Sache ist. Sie möchten also die Arbeitsplätze gegen die Umwelt ausspielen und bringen auch noch dieses blöde Beispiel mit dem Katharinen-Krankenhaus und verrechnen sich offensichtlich genauso wie der DGB.

Bei dem Katharinen-Krankenhaus handelt es sich um eine Fläche von 7.700 Quadratmetern, bei der Fläche, auf die Radeberger möchte, um eine Fläche von 150.000 Quadratmeter, 300.000 Quadratmeter müssten ausgeglichen werden, und das Gelände am Katharinen-Krankenhaus ist ein Gelände zwischen Krankenhaus und einer Lärmschutzwand, also von einer Qualität kann man da nicht reden. Diesen ganzen Mist verzapfen Sie auch noch in diesem Pamphlet, das Sie vom Paulus zum Saulus überschreiben und auf die GRÜNEN gemünzt haben. Ich finde es witzig, dass Sie für die GRÜNEN hier Bibelzitate bemühen.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Stadtverordnete Martina Feldmayer,  
GRÜNE:**  
(fortfahrend)

Fazit: Auf der Homepage der Radeberger-Gruppe steht: Die Radeberger-Gruppe bekennt sich als großes Wirtschaftsunternehmen zu ihrer ökologischen wie auch sozialen Verantwortung. In der besinnlichen Weihnachtszeit hat sie Zeit, das zu tun.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Danke sehr! Jetzt kommt die aktuelle Stunde zur Frage Nr. 895, angemeldet von Herrn Zieran. Sie haben das Wort!

**Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 895**

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-  
ARL:**

Hallo!

Es ist ja wunderschön, wenn sich die GRÜNEN hier um die Erholung Sorgen machen. Vor der Erholung kommt das Einkommen, sonst fällt es vielen Leuten nämlich schwer, sich zu erholen. Eine ziemlich zynische Position, wenn man in dieser Art und Weise antwortet. Die LINKE. runtermachen ist ja auch so einfach. Einfach einmal Arbeitsplätze dagegensetzen und schon hat man sie, oder wie? So geht es nicht. Ihre zynische Haltung und die zynische Haltung des Magistrats, dargestellt von Herrn Becker, kommt in der Beantwortung der letzten Frage zum Tragen, und auch Ihre Haltung zu den Menschen, die in einer Stadtverwaltung arbeiten, sowie zu den Menschen, die privat herangezogen werden.

Es ist unglaublich, unter welchen Bedingungen private Reinigungsdienste in der Stadt Frankfurt arbeiten müssen. Die Qualität der Reinigung, der Staub, der Schmutz, der Feinstaub, den wir haben, ist nicht nur für die Kinder in Schulen oder für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus eine Unverschämtheit. Ich kann es den Leuten, die putzen, nachsehen, weil sie für ein paar Euro frühkapitalistischen Ausbeutungsbedingungen unterworfen sind, um es einmal so zu sagen.

(Zurufe)

Das lieben Sie doch, solche Wörter! Es ist unglaublich, für wie wenig Geld diese Leute arbeiten. Reden Sie einmal mit den Leuten, wie viel die bekommen. Wenn das vom Unternehmer zum Subunternehmer geht,

dann zahlt der vielleicht nur noch seine zwei, drei Euro. Das ist einfach eine riesen Schweinerei, die da passiert. Dann spricht Herr Becker in seiner Antwort von Wirtschaftlichkeit und Konsolidierung der Städte. Toll, das klingt immer so wunderbar. Auf welchen Knochen wird diese Konsolidierung gemacht? Auf den Knochen dieser Menschen. Das ist das eine.

Jetzt kommt aber das Schöne, Sie gehen überhaupt nicht auf die Argumente der LINKE ein. Sie können nicht einmal die Frage der Kosten beantworten. Wenn ich einmal diese ganze Menschenverachtung weglasse, lautet Ihre ganze Logik: Es ist billiger! Privat ist immer billiger. Was lernen wir aber jetzt aus der Finanzkrise, was lernen wir aus der Krise mancher Städte? Cross-Border-Leasing. Was lernen wir aus verschiedenen anderen Geschäften? Minus, minus, minus. Privat ist nicht immer das Bessere. Sie haben recht, wenn Sie mir jetzt antworten, dass auch bei der Stadt nicht immer die Sparsamkeit im Vordergrund steht. Das ist völlig klar, aber in diesem Fall behaupte ich - und das möchte ich gerne auf dem Tisch sehen -, das, was diese Unternehmen erhalten, plus der Qualitätskontrolle, wenn Sie denn wirklich erreichen wollen, dass Sauberkeit überall gegeben ist, plus der ganzen Kontrollen, die nötig wären - was Sie da noch so alles sagen -, wird insgesamt teurer und nicht billiger werden. Schaffen Sie die Privatisierung in diesem Bereich ab, nehmen Sie das ernst und nicht die Besinnlichkeit.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Kommen Sie bitte zum Ende!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Ich komme zum Ende.

Schaffen Sie das ab, schaffen Sie der Menschenwürdigkeit einen Platz, rekommunalisieren Sie diesen Bereich.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Köremezli-Erkiner.

**Stadtverordnete Yildiz Köremezli-Erkiner,  
LINKE.:**

Sehr geehrte Stadtverordnete!

Zu diesem Thema haben wir einen Antrag gestellt und hierzu den Zwischenbericht B 535 erhalten. In diesem Bericht geht der Magistrat davon aus, dass eine Rekommunalisierung der Schulreinigung aufgrund der Restriktionen für die Personalwirtschaft der Stadt nicht in Betracht kommen kann. Dies wurde auch heute von Herrn Becker wiederholt. Die Stadtregierung ist sonst in vielen anderen Zusammenhängen äußerst kreativ, deshalb akzeptieren wir dies als Antwort nicht. Wege gibt es immer. Uwe Becker hat des Weiteren von Kosten gesprochen, die dagegen sprechen. Für eine Rekommunalisierung jedoch haben wir in unserem Antrag sehr viele plausible Gründe genannt. Diese möchte ich für Sie zusammenfassen.

Warum ist es sinnvoll? Erstens aus Kostengründen. Der amtierende Präsident des deutschen Städte- und Gemeindebundes, Herr Schäfer, erklärte im April 2007, dass jede zehnte Kommune darüber nachdenke, die Privatisierung wieder rückgängig zu machen, weil es deutlich preisgünstiger sei. Dies liegt weniger an der Befreiung kommunaler Unternehmen von der Umsatzsteuerpflicht als vielmehr daran, dass sie die überzogenen Renditeerwartungen privater Investoren nicht länger erfüllen müssen.

Zweitens werden durch die Rekommunalisierung Arbeitsplätze geschaffen. In Freiburg wurden durch einen Optimierungsprozess, an dem die Mitarbeiter beteiligt waren, neue Arbeitszeitmodelle entwickelt. Die Erwartungen wurden sowohl bei der Erschaffung von Arbeitsplätzen als auch bei der Kostenersparnis übertroffen. Durch

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 889 .....	31
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: .....	31
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG: .....	32
Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP: .....	33
Stadtverordneter Bernhard Ochs, SPD: .....	33
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 897 .....	34
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG: .....	34
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU: .....	34
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	35
Stadtrat Boris Rhein: .....	35
Stadtverordnete Martina Feldmayer, GRÜNE: .....	36
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 895 .....	37
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	37
Stadtverordnete Yildiz Köremezli-Erkiner, LINKE.: .....	38
Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	39
5. Verabschiedung der Tagesordnung II .....	39
6. Änderungen in der Zusammensetzung der Ausschüsse und Betriebskommissionen gemäß § 62 Absatz 2 Satz 5 und § 72 Absatz 2 Satz 2 HGO .....	40
<b>7. Hochhausentwicklungsplan Frankfurt am Main - Fortschreibung 2008 .....</b>	<b>40</b>
Vortrag des Magistrats vom 06.06.2008, M 106 <u>hierzu</u> : Antrag der SPD vom 27.08.2008, NR 1046 <u>hierzu</u> : Antrag der FDP vom 05.09.2008, NR 1052 <u>hierzu</u> : Antrag der FAG vom 04.11.2008, NR 1152 <u>hierzu</u> : Antrag der FAG vom 08.12.2008, NR 1200 <u>hierzu</u> : Anregung des OBR 2 vom 08.09.2008, OA 723 <u>hierzu</u> : Anregung des OBR 2 vom 05.11.2008, OA 763	
Stadtrat Edwin Schwarz: .....	40
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>44</b>
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU: .....	46
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	48
Stadtverordnete Dr. Katharina von Beckh, BFF: .....	51
Stadtverordnete Claudia Volpp, FAG: .....	53
Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE: .....	54
Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP: .....	56
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	57

wendigen Flächen zu haben und von der Stadt die entsprechende Genehmigung zu bekommen. Herr Oesterling, es waren Ihre Parteifreunde, die das zu vertreten hatten. Jetzt kommen Sie mit Ihrem Antrag genauso, indem Sie sagen, es sollen Flächen ausgewiesen werden und keine parzellenscharfen Grundstücke. Man könnte meinen, die SPD hat in all den Jahren nichts gelernt.

(Beifall)

Wenn Sie dagegen die M 106 aufmerksam gelesen hätten, hätten Sie auch nicht beantragen müssen, dass sich die Stadt zum Grundsatz bekennt, Hochhausstandorte zu konzentrieren, um die Attraktivität als Wirtschaftsstandort zu erhalten und zu stärken: die fernwirksame Hochhaussilhouette als eine der wichtigsten Marken und Identifikationszeichen der Stadt noch stärker herauszuarbeiten, den Standort der Europäischen Zentralbank als Solitär heraustreten zu lassen, ein Ausfransen der Hochhausentwicklung, insbesondere in die Wohngebiete, zu verhindern und Grundstücksspekulationen entgegenzuwirken und schließlich die Hochhausstandorte nur auf hervorragend vom öffentlichen Nahverkehr erschlossene Gebiete zu konzentrieren. Dies steht alles in der M 106. Offenbar haben Sie das nicht gelesen.

Laut einer Pressemitteilung vom 28. April hat die SPD mit Belustigung auf die Vorstellung des Planes reagiert und ihn dann als Hochhausrahmenplänchen verspottet. Im Antrag vom 27. August 2008, NR 1046, sprechen Sie sogar vom Niveau eines Legospiels. Meine Damen und Herren von der SPD, mit diesen Äußerungen disqualifizieren Sie sich selbst. Die Wortwahl fällt auf Sie zurück. Ich bedauere, dass ich an dieser Stelle nicht als Stadtverordneter in die Debatte eingreifen kann. Ich würde dann anders und viel schärfer argumentieren, aber als Magistratsmitglied muss ich mir eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Einen Rat will ich Ihnen aber geben: Kümmern Sie sich doch einmal mehr um Ihre Schäfchen, als dass Sie so einen Unsinn verzapfen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir debattieren heute eine der wichtigsten

planungspolitischen Vorlagen der vergangenen Jahre. Mit der M 106 sichern wir die Entwicklungsmöglichkeiten der Frankfurter Skyline über viele Jahre hinweg. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Stadtrat! Es liegen Wortmeldungen vor. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Zieran.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Plänchen ist dafür wirklich nicht das richtige Wort. Das ist kein Plan, worum es hier geht, sondern die Stadt macht Vollzug für das Kapital.

(Heiterkeit)

Wenn Wünsche da sind, dann wird geplant. Ich finde, es gilt immer noch - um das einmal grundsätzlich zu sagen -, was der Spiegel vor langer Zeit einmal geschrieben hat: „Hochhäuser, die an sonnigen Tagen wie überdimensionierte, senkrechtstehende Goldbarren glitzern“ und: „Sie sind der nackte Ausdruck von Kapital und Profit, die diese Stadt regieren.“ Das ist immer noch gültig. Es ist schon fast 20 Jahre her, aber was wir hier in Frankfurt haben, ist eine völlig an diesem Großkapital orientierte Planungspolitik. Das ist kein Plan, das ist ein Hinterherlaufen. Das einzig Schöne an diesen Hochhäusern ist die Ästhetik, nachts, wenn alles grau ist und man die Lichter dort sieht. Das kann ich nachvollziehen. Das ist ein positiver, ein belebender Punkt, aber ansonsten gibt es nur Nachteile. Darüber wird natürlich in der städtischen Beweihräucherung und Propaganda hinweggeredet! Die langfristige antiökologische und unsoziale Realität wird ausgeblendet. Man redet sogar von Öko-Hochhäusern, nur weil irgendwelche Energiesparsysteme oder sonstige Bauteile eingebaut worden sind. Der wahre Grund, Kapitalkonzentration, wird verschwiegen.

Aber ein viel wichtigerer Punkt ist, darüber scheint dieser Magistrat gar nicht mehr nachzudenken - zum Glück hat eine Fraktion daran erinnert -, dass die negativen Folgen dieser Hochhäuser ja nicht neu sind. Bereits 1976 hat man Klimagutachten in Auftrag gegeben, wonach diese Hochhäuser die Luft in Frankfurt konzentriert verschlechtern. Wir haben im Rhein-Main-Becken verminderte Windgeschwindigkeiten, wir haben eine Aufheizung im Stadtgebiet, austauscharme Luftschichten, Inversionen, die Schwachwinde nehmen zu.

Ich will das nicht weiter ausführen, das ist Ihnen bekannt. Das kann man den Gutachten entnehmen. Sie handeln verantwortungslos. Wir haben eine Feinstaubbelastung, die heute schon nicht in den Griff zu bekommen ist. Die EU-Grenzwerte können Sie nicht einhalten. Denen laufen Sie hinterher. Noch mehr Hochhäuser, noch schlechtere Luft. Die Gesundheit, die Lungen der Menschen sind Ihnen egal. Hauptsache, die Immobilienspekulationen gehen voran. Was ist schon die Finanzkrise? Was ist schon eine Rezession? Was ist eine Weltwirtschaftskrise? Das wälzen wir alles ab. Das trifft ja nicht diese Großen. Einige trifft es natürlich. Es muss ja Kapital bereinigt werden, damit das andere Kapital weiter wächst. Aber die Eigentlichen, die es trifft, werden Millionen von Arbeitslosen zusätzlich sein, die wir aufgrund der Weltwirtschaftskrise bekommen werden. Wir werden eine Verarmung der Menschen haben. Aber wen interessiert es? Frankfurt lässt weiter Hochhäuser zu.

(Zurufe)

Grausig, genau.

Zum Glück ist diese Krise manchmal auch helfend. Die EZB hat einen Baustopp verfügt. Vielleicht kann die EZB gar nicht bauen. Dann ist zumindest das Ostend vor weiterer Spekulation gerettet. Eines der schönen Argumente, die von der Stadtplanung kommen, die nichts mit Ästhetik zu tun haben - was man noch nachvollziehen könnte -, ist das Argument, dass wir Platz sparen müssen und nicht in die Fläche bauen dürfen. Da gibt es die tollen Analysen, die sagen, dass man, wenn eine Fläche in eingeschossiger Bauweise zu 100 Prozent überbaut wird, so beim

Übergang zu zweigeschossiger Bauweise tatsächlich die Hälfte der Bodenfläche gewinnt. Der weitere Bodengewinn beträgt aber bei drei Geschossen nur noch ein Sechstel, bei vier Geschossen ein Zwölftel, bei fünf Geschossen nur noch ein Zwanzigstel der gewonnenen Bodenfläche und so weiter. Das heißt, es ist alles Lug und Trug, wenn behauptet wird, dass wir dadurch die Fläche nicht weiter in Anspruch nehmen müssen. Es ist kein Gewinn.

Diese Analysen aus der Wissenschaft interessieren natürlich Frankfurter Stadtpolitiker nicht. Sie sind alt. Sie sind schon in den Achtzigerjahren diskutiert worden. Da hat es große Foren gegeben. Da waren viele Städte mit den entsprechenden Planungspolitikern beteiligt. Heute wird das verdrängt und es spielt keine Rolle, außer in einigen Architekturkreisen, wo es diskutiert wird. Zum Glück ist es da nicht ganz tot. Aus diesem Grund stimme ich immer noch dem Berliner Architekten Greger zu, der das einmal treffend formuliert hat: „Hochhäuser sind Todesstreifen des heutigen Städtebaus.“ Dem kann man eigentlich nur sehr wenig hinzufügen.

Zum Schluss: Es ist auch eine unheilige Allianz, dass ausgerechnet die GRÜNEN, die einmal die schärfsten Hochhauskritiker waren, diese Politik in Frankfurt vorantreiben und ihr scheinbar noch eine Art Rationalität verpassen. Rationalität soll sein, dass man in Klumpen baut. „Cluster“ ist das neueste wissenschaftliche Wort dafür. In Wirklichkeit wird ein Stadtteil nach dem anderen aufgegeben. Die Politik wird gegen die Menschen und gegen die Natur gemacht. Es ist besonders ätzend, dass diese Partei daran beteiligt ist, aber daran wird man sich gewöhnen müssen. Zum Abschluss kann ich nur sagen: Es wird genauso wie gegen die Westendbebauung - ich gebe Ihnen zu 100 Prozent recht, dass der Prozess von dieser Partei, der SPD, unter viel kriminelleren Bedingungen als heute beim Hochhausrahmenplan eingeleitet wurde - einen Häuserkampf geben.

(Zurufe)

Günter Dürr, schrei nicht, du weißt doch genau, wie es damals gewesen ist.

Ich wünsche dieser Stadt, dass es genau wie in Griechenland - die Leute werden gegen die unwirtschaftlichen Bedingungen vorgehen und lassen sich nicht alles gefallen - auch hier wieder einen Häuserkampf gegen diese Hochhäuser, gegen die Zerstörung von Natur und Mensch geben wird. Ich hoffe, er kommt sehr bald.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Herr Stadtverordneter Zieran, ich möchte Ihnen sagen, dass Ihre Redezeit für heute erschöpft ist.

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Heumann, CDU-Fraktion.

**Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:**

Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie fragen sich vielleicht, warum die CDU nicht die erste Wortmeldung abgegeben hat. Wir wollten wieder einmal der Opposition den Vortritt lassen. Wenn der Magistrat als erstes spricht, sehen wir es als guten parlamentarischen Brauch an, wenn die Opposition die Gelegenheit hat, darauf zu erwidern.

Man macht sich schon seine Gedanken, wer in dieser Stadt die Opposition repräsentiert. War es früher Herr Reininger, der auf den Magistrat erwidert hat, so ist es heute Herr Zieran, aber nie Herr Oesterling. Das vorab.

Zu Herrn Zieran ist nicht viel zu sagen.

(Beifall)

Man merkt, dass bei ihm der politische Stillstand eingetreten ist. Er argumentiert immer noch wie vorvorgestern. Für ihn ist die Zeit stehengeblieben. Das ist sein Problem und sein Thema.

Für uns geht es aber weiter, denn Frankfurt hat eine gute Zukunft. Sie steht immobilienmäßig vor einer großen Entwicklung. Frankfurt ist eine prosperierende Stadt.

Die Zahl unserer Einwohner wächst kontinuierlich. Sie wächst entgegen dem Bundestrend. In dieser Woche konnten wir die neuesten demografischen Ergebnisse vernehmen. Frankfurt wächst in den kommenden Jahren als eine der wenigen Städte in Deutschland. Das ist eigentlich der Anlass, darüber nachzudenken, ob wir nicht ähnlich wie Hamburg verfahren und uns ein Ziel vorgeben sollen, welche Einwohnerzahl wir zum Beispiel in zwölf Jahren, im Jahr 2020, haben wollen. Ich meine, das Ziel von 725.000 hier lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist kein unrealistisches. Heute leben laut Einwohnermeldeamt rund 670.000 Einwohner in Frankfurt. Wir wissen aus Magistratsberichten und Vorlagen, dass zwischen 20.000 und 40.000 nicht gemeldete Personen hier leben. Nimmt man den Mittelwert, das sind 30.000, so haben wir heute schon 700.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger in unseren Mauern. Wenn wir sehen, dass die Baugebiete Riedberg, Frankfurter Bogen, Europaviertel, Henninger-Gelände und Güterbahnhof-Süd in den kommenden Jahren noch dazukommen, dann sind wir nicht mehr sehr weit von der Zahl 725.000 Einwohner entfernt.

Diese 725.000 Einwohner brauchen Arbeitsplätze, hochattraktive und viele Arbeitsplätze. Diese befinden sich in Frankfurt - das ist mittlerweile Tradition - in den Gebäuden, die unsere Skyline bilden, in den Hochhäusern. Die Mieten dort sind höher als in Flachbauten. Das Bedürfnis, Hochhäuser zu bauen, ist in dieser Stadt ungebrochen. Mir ist von verschiedenen Investoren bekannt, dass sie nur auf den heutigen Tag, an dem wir den Hochhausrahmenplan verabschieden, warten, um starten und loslegen zu können, neue Hochhäuser in Frankfurt zu errichten. Zwei, die ganz vorne dabei sind, wenn es darum geht, weiteren Büroraum in Hochhäusern zu errichten, sind die Vivico auf dem Khasanagelände und die DZ-Bank zwischen ihren Hochhäusern, dem Selmi-Hochhaus und dem Westend Tower. Da zeigt sich, dass diese Investoren von der Zukunft unserer Stadt überzeugt sind. Sie wollen keinen Leerstand produzieren, sondern Büro-